



Gewerkschaftlicher Aktionsausschuss

KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIE BEREICHE

im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

An die Delegierten des SPD-Landesparteitags vom 27.5.2016

Berlin, 27.Mai 2016

Sehr geehrte Parteitagsdelegierte,

mit Ihren Beschlüssen haben Sie mehrfach unsere Anliegen unterstützt. Dafür möchten wir uns bedanken und Ihnen versichern, dass Ihre Beschlüsse von unseren Mitgliedern in den Betrieben und Dienststellen begrüßt wurden. Auch auf der DGB-Kundgebung am 1.Mai haben wir sehr genau verfolgt, welche Aussagen der Regierende Bürgermeister Michael Müller, zu unserem Anliegen gemacht hat. Auch die Gespräche an unserem Stand haben uns überzeugt, dass der Senat und Michael Müller sich mit unseren Anliegen vertraut gemacht haben.

Der „Gewerkschaftliche Aktionsausschuss KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIE BEREICHE im Verantwortungsbereich des Landes Berlin“, in dem sich KollegInnen aus den prekären Bereichen treffen, wird von den Gewerkschaften GEW, ver.di und DOV, jeweils Bezirk Berlin, unterstützt. Er hat sich zum Ziel gesetzt, den Kampf für die Aufhebung prekärer Arbeit im unmittelbaren und mittelbaren Verantwortungsbereich des Landes Berlin zu führen.

Berlin ist immer noch die Hauptstadt der prekären Beschäftigung und ein nicht unwesentlicher Teil prekärer Arbeit liegt im Verantwortungsbereich des Landes Berlin. Sicher stimmen Sie mit uns überein, dass die öffentlichen Bereiche und die öffentlichen Gesellschaften eine Vorbildfunktion haben sollten. Wir sehen hier eine direkte Verantwortung in den politischen Entscheidungen des Abgeordnetenhauses und des Senats.

Sie haben das Recht zu erfahren, wie die Situation sich in den einzelnen Bereichen entwickelt hat. Seit der von der AfA vor 1 ½ Jahren organisierten Veranstaltung, zu der Sie eine Grußadresse gesandt haben, haben wir uns mit folgenden konkreten Beispielen auseinandergesetzt:

- **Technikmuseum:** durch den Kampf der Beschäftigten und die direkte Intervention des Abgeordnetenhauses wurde erreicht, dass eine Vereinbarung zur Entfristung der Arbeitsverhältnisse abgeschlossen wurde. Wir stimmen Raed Saleh zu, wenn er erklärt, dass von diesem Beispiel „eine erhebliche Signalwirkung für alle städtischen und städtisch finanzierten Unternehmen“ ausgeht.
- **Vivantes:** vor 1 1/2 Jahren wurde die Tochter Therapeutische Dienste GmbH neu gegründet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die neu eingestellt werden, erhalten bis zu 1000 € weniger Lohn. Mit der Entscheidung zur Gründung dieser neuen Tochter wird der Beruf insgesamt abgewertet. Da die Ausbildung selbst finanziert werden muss, wird ein Fachkräftemangel entstehen, weil sich kaum jemand mehr für diesen Beruf entscheidet. So ist letztlich mit der Entscheidung zur Ausgründung der Tochter die Frage verbunden, ob man Krankenhäuser mit oder ohne therapeutische Dienste will. Die gemeinsame Forderung der Kolleginnen und Kollegen lautet: Auflösung der Therapeutischen Dienste GmbH und Re-Integration der dort eingestellten Kolleginnen und Kollegen in die Muttergesellschaft Vivantes.
- **Die Charité-Tochter CFM:** Seit 10 Jahren fordern die Kolleginnen und Kollegen einen Tarifvertrag. Sämtliche Verhandlungen sind bisher gescheitert. Die privaten Anteilseigner, die die Geschäfte der mehrheitlich zur Charité gehörenden Tochter führen, betreiben systematisches Betriebsrats- und Gewerkschaftsmobbing - und das alles in einem



öffentlich verantworteten Betrieb. Am letzten Dienstag wurde von der Betriebsgruppe der CFM eine Tarifkommission gebildet, um erneut zu versuchen, zu Tarifverhandlungen zu kommen.

- **Die ausgegliederte Betriebsgesellschaft des Botanischen Gartens:** Dieser Betrieb, der Teil der FU ist, zeichnet sich durch Gehaltsunterschiede bis zu 42 % im Vergleich zu Beschäftigten der FU aus. Die FU verschleppt die Tarifverhandlungen, das wird nach nunmehr 40 Monaten ohne Entgelttarifvertrag immer offensichtlicher. Die Beschäftigten des Botanischen Gartens fordern: Schluss mit dem Lohndumping! Den Versprechungen durch Senat und Freie Universität müssen endlich Taten folgen. An der schlechten Ausfinanzierung leiden inzwischen nicht nur die Beschäftigten und die Pflanzenvielfalt. Betroffen sind auch Besucherinnen und Besucher, die nach dem Auflösen und Outsourcing der Reinigung seit Wochen verheerende hygienische Zustände in den sanitären Anlagen vorfinden.
- **Die Freien Träger im Sozialbereich:** Die Kolleginnen und Kollegen fordern die ausreichende Ausfinanzierung der Freien Träger, damit endlich eine gerechte und angemessene Bezahlung nach TV-L umgesetzt wird, d.h. die verbindliche Bezahlung nach TV-L für alle Beschäftigten, die direkt oder indirekt aus öffentlichen Geldern bezahlt werden.
- **Die Bodenverkehrsdienste an den Berliner Flughäfen:** Die Kolleginnen und Kollegen begrüßen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages, der aber durch Leiharbeit und Werkverträge unterlaufen wird. Sie fordern: Schluss mit den Dumpinglöhnen, sowie Aufhebung von Leiharbeit und Werkverträgen. Die Sicherheit und der geregelte Ablauf an unseren Flughäfen verlangen dies.
- **Die Musikschulen und Volkshochschulen:** Die prekäre Lage ist bekannt und seit Jahren unverändert. Die Lehrenden arbeiten ausschließlich (VHS) bzw. fast ausschließlich (Musikschulen) auf Honorarbasis. Die Vertretung der VolkshochschuldozentInnen fordert für die arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten entweder feste Stellen oder Honorartätigkeit mit Tarifvertrag. In beiden Fällen muss die Vergütung der von BerufsschullehrerInnen entsprechen. Auch Honorarkräfte ohne arbeitnehmerähnlichen Status müssen die gleichen Erhöhungen erhalten. Die MusikschullehrerInnen fordern eine stufenweise Umkehr des Verhältnisses von Freien MitarbeiterInnen zu Festangestellten und einen Tarifvertrag für die jeweils verbliebenen Freien MitarbeiterInnen.
- **Die Berliner Hochschulen:** Auch die Lehrbeauftragten im Hochschulbereich werden mit Niedrig-Vergütungen abgespeist. Dabei halten sie einen Großteil des Lehrbetriebs aufrecht. Sie fordern daher Dauerstellen für Daueraufgaben. Für die im Lehrauftrag Verbleibenden fordern sie die Angleichung der Vergütung an die des festangestellten Lehrpersonals einschließlich einer Dynamisierung sowie eine Vergütung für begleitende Tätigkeiten. Dafür müssen bei der Novellierung der Hochschulverträge zweckgebundene Mittel bereitgestellt werden.

Für weitere Informationen können wir Ihnen zu jedem Bereich gern weiteres Material zur Verfügung stellen.

Sehr geehrte Parteitagsdelegierte,

am 1. Mai hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller sinngemäß gesagt, dass er die Anliegen versteht und sich für diese einsetzen werde, aber nicht alles könne von heute auf morgen verwirklicht werden.

Sicher, keiner von uns erwartet, dass alles von heute auf morgen verwirklicht wird. Wir sind GewerkschafterInnen und Realisten.

Die allgemeinen Aussagen können als ein erster Schritt gesehen werden. **Angesichts der dramatischen und schon langandauernden Situation ist es sicher nicht vermessen davon zu sprechen, dass die Kolleginnen und Kollegen Aussagen brauchen zu den Vorstellungen der Abgeordneten und des Senats, in denen definiert wird, wann welche Aufgabe angepackt und wann welche Schritte unternommen werden sollen, um die Forderungen zu verwirklichen. Fügen wir hinzu, dass dazu gehört, wie die ausreichende Finanzierung zur Umsetzung gesichert werden soll.**

Mit freundlichen Grüßen und in Erwartung Ihrer Antwort



Für ver.di Berlin

Susanne Stumpenhusen



für die GEW Berlin

Tom Erdmann



für die DOV

Martin Majewski

für den Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss

Volker Prasuhn

